

Alt Bundesrat Adolf Ogi hat vor einigen Tagen an einer Tagung beklagt, die Schweiz habe keine Freunde mehr, weil sich unsere Regierung zurzeit an allen Fronten in der Defensive befinde. Er betonte, wie wichtig es sei, dass sich die Schweiz und deren Regierungsverantwortliche immer wieder erneut bemühten, Freundschaften in der Welt zu suchen und bestehende Kontakte zu pflegen. Er erinnerte daran, dass solche Kontakte und die Pflege der persönlichen Freundschaft wichtig seien, weil es sich dabei immer um ein Geben und ein Nehmen und damit auch um eine gegenseitige Solidarität handle. Man könne nicht erwarten, dass einem eine Regierung zu Hilfe eile, wenn man vorher nicht auch bereit gewesen sei, in diesem Land Goodwill zu schaffen. Eine solche Investition zahle sich irgendwann einmal bestimmt aus.

Mir hat alt Bundesrat Ogi aus dem Herzen gesprochen. Er hat zu seiner Zeit eindrücklich vorgelebt, was er darunter versteht. Einige mögen gelächelt haben, wenn er seine illustren Gäste aus der ganzen Welt zu Wanderungen eingeladen hat, um über aktuelle Probleme zu diskutieren und gleichzeitig, als wunderbaren Nebeneffekt, jeweils auch noch für die Schönheiten der Schweiz und speziell des Berner Oberlandes Werbung zu machen. Mit seiner Offenheit war er diesbezüglich ein vorbildlicher Bundesrat und Bundespräsident, und er war - und er ist es vielleicht auch noch heute - einer der besten Botschafter unseres Landes.

Sie fragen sich vielleicht, weshalb ich mit diesen Worten beginne. Ich tue dies, weil auch die Operation Atalanta für uns von der BDP ein solches Projekt ist. Wir müssen endlich verstehen, dass wir nicht immer abseits stehen und uns nicht genehme Leistungen immer nur durch Dritte einkaufen können. Irgendwann einmal steht die Glaubwürdigkeit unserer Nation ernsthaft auf dem Spiel. Wir müssen Solidarität praktizieren, auch dort, wo es eben gegebenenfalls nicht einfach ist. Trittbrettfahren und Rosinenpickerei sind vorbei; sie werden auch von uns gut Gesinnten nicht mehr akzeptiert. Dies müssen wir Schweizer endlich begreifen.

Mit humanitären Aktionen allein ist es auch nicht getan. Wir müssen hie und da auch Unbequemes tun und nicht erst humanitär vorgehen wollen, wenn andere dort die Voraussetzungen geschaffen haben. Die aktuelle Auseinandersetzung um die Schweizer Geiseln in Libyen, demütigend und erniedrigend, zeigt, dass wir nicht mit grosser Unterstützung durch Freunde rechnen können. Wir sind oft isoliert und weitgehend alleine. Einigeln und Abseitsstehen verschärfen diese Lage nur. Die Schweiz hat wie jede Nation nationale Interessen, zum Beispiel Wohlstand und Sicherheit. Dazu gehören nicht nur wirtschaftliche, kulturelle, bildungspolitische usw., sondern eben auch sicherheitspolitische Interessen. Diese Interessen sind im Übrigen eng miteinander verknüpft.

Die Schweiz hat eine beträchtliche Handelsmarine - über dreissig Einheiten mit mehreren Hunderttausend Tonnen Nutzlast. Diese nimmt handelspolitische Aufgaben zugunsten unserer Nation für unsere Wirtschaft auf hoher See und weltweit wahr. Wieso soll dieses Instrument daher nicht auch unseren Schutz verdienen? Andere Nationen aus der ganzen Welt, aus Europa - übrigens auch neutrale Nationen - setzen sich längst für solche Interessen ein. Selbst Schweden entsendet neuerdings Teile seiner Marine in entlegene Regionen, um eigene Interessen wahrzunehmen, aber auch, um mit anderen Nationen solidarisch hinzustehen. Ganz abgesehen davon, dass wir mit dem AAD über ein militärisches Instrument verfügen, das über hervorragende Fähigkeiten verfügt, gemeinsam mit anderen Nationen die Piraterie zu bekämpfen.

Natürlich - und die Frage möchte ich bestätigen, die vorhin von Vertretern der Grünen und der SP gestellt worden ist - müsste das Grundübel der Piraterie vor Ort, in Somalia selber und in der Region, gelöst werden, zum Beispiel, indem der Staat endlich regierbar gemacht wird. Jetzt geht es aber darum zu entscheiden, ob wir noch Jahre warten wollen, bis es dort vielleicht einmal kultivierter zugeht, oder ob wir jetzt handeln wollen. Jetzt sind unsere Leute und Schiffe bedroht. Oder wollen wir einmal mehr bloss zuschauen, es anderen überlassen, unsere eigene Handelsmarine zu schützen? Jene, die behaupten, wir wollten mit unserem Einsatz jetzt auch noch "Kriegerlis auf dem See" spielen, argumentieren polemisch und gefährden bewusst die Wahrnehmung der erwähnten Interessen. Diejenigen - wie ich dies in einem Interview gelesen habe -, die jegliches Engagement ablehnen, weil unser Land ein kleines, neutrales Land ohne Meerzugang sei, argumentieren fatal, wie wenn die Grösse des Landes und dessen geografische Lage dafür massgebend wären, ob wir uns in einer Sache engagieren oder nicht.

Sie haben zudem nicht begriffen, dass das AAD ein polyvalent einsetzbares Instrument ist, dessen Uraufgabe unabhängig davon, ob Gefährdungen im Gebirge, im Zentrum einer Stadt, in einer Botschaft in Algerien oder an Bord eines Tankers oder eines Containerschiffes zu bekämpfen sind, wahrgenommen

werden kann. Handeln wir dezidiert, und geben wir unserem Detachement die Chance, die letzten Vorbereitungen zügig in Angriff zu nehmen, um dann endlich die Aufgabe wahrzunehmen. Wenn wir jetzt handeln, dann handeln wir - ich wiederhole mich gerne - im Interesse unserer Wirtschaft und unserer Nation. Zudem zeigen wir der internationalen Gemeinschaft, dass wir bereit sind, auch solche Verantwortung zu übernehmen. Es wird unserem Ruhm nicht schaden, im Gegenteil. Im Namen der BDP-Fraktion bitte ich Sie, auf die Vorlage einzutreten und den Nichteintretensantrag der Minderheit nicht zu unterstützen.